



NIEDERSCHRIFT

konstituierende Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (Wahlperiode 2013 - 2018)

Sitzungstermin: Dienstag, 20.08.2013
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:05 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2-6,
23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90	bis ca. 19:15 Uhr
Herr Marek Lengen - SPD	
Herr Jochen Mauritz - CDU	
Frau Heidemarie Menorca - CDU	
Frau Kerstin Metzner - SPD	
Herr Thomas Rathcke - FDP	bis ca. 17:00 Uhr
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU	
Herr Frank Zahn - SPD	

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Frau Stefanie Bussat - Die PARTEI-PIRATEN	bis ca. 19:30 Uhr
Herr Martin Böhlke - BfL	Vertretung für: Herrn Wegner, Olaf
Herr Paul Kaitschick - CDU	
Herr Hans-Jürgen Martens - LINKE	
Herr Rolf Müller - FDP	ab ca. 17:00 Uhr für Herrn Rathcke, Thomas
Herr Christoph Otte - SPD	
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Reinhard Rocksien	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Norbert Siegrist	3.327 - Verkehrs- angelegenheiten
Herr Benjamin Vogt	3.340 - Standesamt
Herr Oliver Bäch	3.370 - Feuerwehr
Herr Kai Wohlsen	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Dietmar Schäfer	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Frau Heike Wembsdzio	2.280 - Wirtschaft und Liegenschaften
Frau Kaisu Wittholz	PR FB 3
Frau Daniela Heinz	PR FB 3
Herr Tengler	PR Feuerwehr
Herr Jens Clasen	PR Stadtwald
Herr Detlef Radtke	Stadtfirewehrverband

Protokollführung

Herr Maik Schneider	Fachbereichsdienste
---------------------	---------------------

Gäste (nur im öffentlichen Teil)

Herr Christian Martin Lukas	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH
Herr Dr. Klemens Stein	Chemisches Laboratorium Lübeck GmbH

Sonstige Personen

Frau Brigitte Dowideit	nur im öffentlichen Teil
Herr Werner Macziey - Seniorenbeirat	
Herr Hans-Dieter Schiller - Gemeinnütziger Kreisverband Lübeck der Gartenfreunde e.V.	nur im öffentlichen Teil
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Paul Friedrichsen - SPD	nur im öffentlichen Teil

Herr Enrico Kreft - SPD	nur im öffentlichen Teil
Herr Tadeusz Nikitin - Die PARTEI-PIRATEN	nur im öffentlichen Teil
Herr Thore Rocksien - Die PARTEI-PIRATEN	nur im öffentlichen Teil
Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman - Bü90	nur im öffentlichen Teil

Mehrere Personen der Öffentlichkeit (nur im öffentlichen Teil)

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Olaf Wegner - BfL	entschuldigt
------------------------	--------------

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
 - 1.1. Feststellung des ältesten Ausschussmitglieds
 - 1.2. Verpflichtung des bürgerlichen Ausschussvorsitzenden
 - 1.3. Verpflichtung der bürgerlichen Ausschussmitglieder durch den Vorsitzenden
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschriften**
 - 3.1. Feststellung der Niederschrift über die 34. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat vom 06.05.2013 in der Wahlperiode 2008 - 2013
Vorlage: VO/2013/00725
 - 3.2. Feststellung der Niederschrift über die 39. Sitzung des Umwelt- und Kleingartenausschusses vom 18.06.2013 in der Wahlperiode 2008 - 2013
Vorlage: VO/2013/00707
- 4. Mitteilungen**
 - 4.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
 - 4.1.1. Sitzungstermine 2013
 - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 4.2.1. Gemeinsames Untersuchungsprojekt mit der IAG - Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH
 - 4.2.2. Vorstellung der BereichsleiterInnen des FB 3
 - 4.2.3. Vorstellung des Bereichs 3.370 - Feuerwehr
 - 4.2.4. Vorstellung des Bereichs 3.820 - Stadtwald
 - 4.2.5. Strandsalon - Lärmbelästigung
 - 4.2.6. Ausgasungen von Deponien und Altlasten
(Kontamination der Atemluft/Gesundheitsgefährdungen)

4.3. Beantwortung von Anfragen

- 4.3.1. Planungsrechtliche Ausschreibung von Kleingärten als Bauerwartungsland

4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft

- 4.4.1. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Fahrradfreundliches Lübeck - Geschwindigkeitskontrolle"
(Sitzung der Bürgerschaft 21. März 2013 - VO/2013/00411)
Vorlage: VO/2013/00708
- 4.4.2. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Fahrradfreundliches Lübeck - Radwegparken"
(Sitzung der Bürgerschaft 21. März 2013 - VO/2013/00412)
Vorlage: VO/2013/00709

5. Anträge

6. Vorlagen

7. Berichte und Antworten

- 7.1. SICHERHEITSKONZEPT im Flächen- und Veranstaltungsmanagement der Hansestadt Lübeck ab 2013
Vorlage: VO/2013/00769
- 7.2. Erfahrungen mit dem geänderten Generalpachtvertrag - mögliche Konsequenzen aus Leerständen
Vorlage: VO/2013/00692
- 7.3. Optionen für andere Möglichkeiten zur Versorgung der Stadtteile mit Stadtteilbüros in alternativen Standorten
Vorlage: VO/2013/00622
- 7.4. Eheschließungen an besonderen Orten;
Auftrag aus der Bürgerschaft vom 21.3.2013 unter VO/2013/00284
Vorlage: VO/2013/00681
- 7.5. Prüfung einer Finanzierung des Neubaus der Feuerwache 3 über ein Public-Private-Partnership-Modell (PPP-Modell)
Vorlage: VO/2013/00603

8. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 8.1. Anfrage Herr Martens
- 8.2. Anfrage Herr Mauritz
- 8.3. Anfrage Herr Mauritz
- 8.4. Anfragen Herr Mauritz / Frau Metzner

Nichtöffentlicher Teil:

- 9. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil)**
- 10. Mitteilungen**
- 11. Vorlagen**
 - 11.1. Ausschreibung: Gutachten für die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Berufsfeuerwehr Lübeck
Vorlage: VO/2013/00801
- 12. Berichte und Antworten**
- 13. Neue Anfragen und Verschiedenes**
 - 13.1. Anfrage Herr Schubert

Öffentlicher Teil:

- 14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert teilt den anwesenden Personen die Aufgabengebiete des Ausschusses gemäß der Hauptsatzung der Hansestadt Lübeck mit:

- Umweltschutz,
- Forst- und Jagdangelegenheiten,
- Umweltauswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung,
- Angelegenheiten der präventiven Umweltmedizin und –hygiene,
- Kleingartenwesen,
- Sicherheit und Ordnung (ohne Verkehrsaufsicht),
- Verhältnis zwischen Stadt und Polizei (Polizeibeirat)

zu 1.1 Feststellung des ältesten Ausschussmitglieds

Herr Schubert stellt das älteste Mitglied des Ausschusses fest.

Ältestes Ausschussmitglied:

Herr Martin Böhlke (BfL)

zu 1.2 Verpflichtung des bürgerlichen Ausschussvorsitzenden

Herr Böhlke verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag den bürgerlichen Ausschussvorsitzenden, Herrn Hans-Jürgen Schubert, auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

zu 1.3 Verpflichtung der bürgerlichen Ausschussmitglieder durch den Vorsitzenden

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag die bürgerlichen Ausschussmitglieder auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Verpflichtet werden:

Herr Paul Kaitschick, Herr Paul-Gerhard Röttger, Herr Christoph Otte, Herr Martens, Herr Böhlke sowie Frau Bussat.

Des Weiteren nimmt er die Verpflichtungen der als „Öffentlichkeit“ anwesenden stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag vor.

Verpflichtet werden:

Herr Enrico Kreft, Herr Paul Friedrichsen, Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman, Herr Rolf Müller, Herr Thore Rocksien und Herr Tadeusz Nikitin.

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Möller schlägt vor, den **TOP 4.2.2** um die Vorstellung der Personalräte des Fachbereichs zu erweitern und den **TOP 4.2.3** - je nach Beratungsdauer der anderen TOP – eventuell in einer der nächsten Sitzungen abzuarbeiten.

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der **TOP 7.1, 4.2.1** und **7.2** aus Rücksicht auf die eingeladenen Gäste und empfiehlt im Sinne des Vorschlags von Herrn Möller zu verfahren sowie den **TOP 11.1**, wie von der Verwaltung empfohlen, und eine neue Anfrage seinerseits im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Abschließend weist er darauf hin, dass für die **TOP 7.1** und **11.1** aufgrund der Ergänzungen bzw. des Austauschs neue VO-Nummern generiert wurden.

Laut Herrn Mauritz sei der Bericht zu den Stadtteilbüros (TOP 7.3) noch nicht fertig gestellt, sondern nur teilweise abgearbeitet. Es wäre sinnvoll, den angekündigten weiteren Bericht abzuwarten und erst dann darüber zu beraten. Es könne der Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen werden und eine weitere Abarbeitung abgewartet werden, schlägt Herr Rathcke vor. Herr Möller widerspricht vehement dieser Argumentation. Die Fragestellung sei klar abgearbeitet worden, der Bericht liege jetzt vor und es könne darüber beraten werden. Es gebe weitere Prüfaufträge, diese würden selbstverständlich abgearbeitet und zu gegebener Zeit im Ausschuss vorgestellt.

Für unzumutbar hielten Frau Metzner und Herrn Zahn die Aufnahme aller Mitteilungen der Fachbereichsleitung in die Tagesordnung. Dies sei etwas verwirrend, zumal man dann davon ausginge, Unterlagen zu erhalten.

Herr Mauritz bittet darum, künftig bei Austauschvorlagen/-blättern die Änderungen hervorzuheben, da diese so leichter nachvollziehbar wären.

Der Ausschuss stellt die geänderte Tagesordnung bei **15** - Jastimmen,
0 - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Feststellung der Niederschriften

**zu 3.1 Feststellung der Niederschrift über die 34. Sitzung des Ausschusses für
Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat vom 06.05.2013 in der Wahlperiode
2008 - 2013
Vorlage: VO/2013/00725**

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei **10** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und
5 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3.2 Feststellung der Niederschrift über die 39. Sitzung des Umwelt- und Kleingartenausschusses vom 18.06.2013 in der Wahlperiode 2008 - 2013
Vorlage: VO/2013/00707

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei **10** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **5** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

zu 4.1.1 Sitzungstermine 2013

Herr Schubert fragt nach, ob es zu den restlichen Sitzungsterminen 2013 (17.09. + Polizeibeirat; 19.11.; 17.12.2013 + Polizeibeirat - Reservetermin, da keine Bürgerschaft im Dezember) Klärungs- oder Änderungsbedarf gebe.

Keine Wortmeldung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.2.1 Gemeinsames Untersuchungsprojekt mit der IAG - Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (vorgezogen)

Herr Dr. Stein stellt sich dem Ausschuss vor und berichtet über das gemeinschaftliche Untersuchungsprogramm vom Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz/Untere Wasserbehörde und der IAG – Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH Selmsdorf. Das Untersuchungsprogramm solle Auskunft geben, über die Qualität von Wässern und Sedimenten, die sich südwestlich des Deponiekörpers Ihlenberg oberflächennah bilden und hydraulisch über das System Palinger und Lüdersdorfer Graben mit der Wakenitz in Kontakt stehen. Die Analysen hätten keine Auffälligkeiten bezüglich der Qualität ergeben und im Ergebnis sei festzuhalten, dass die Deponie die Qualität nicht beeinträchtige.

Herr Lengen möchte wissen, welche rechtlichen Grundlagen bei der Analyse zugrunde gelegt worden seien. Unter anderem sei nach der Trinkwasserverordnung analysiert worden, merkt Herr Dr. Stein an.

Die Frage von Frau Mählenhoff, wie alt die Sedimente bei einer durchschnittlichen Bohrtiefe von 30 cm seien, kann von Herrn Dr. Stein nicht beantwortet werden.

Ob im Sediment radioaktive Rückstände festgestellt worden seien, fragt Herr Martens nach. Bei einer Entfernung von ca. 30 km sei ein Transport von eventuellen radioaktiven Stoffen über Sedimente auszuschließen und die Wakenitz werde in dieser Hinsicht nicht durch die Deponie verunreinigt, antwortet Herr Dr. Stein.

Laut Analyse liege für die jetzige Zeit keine gefährliche Belastung vor. Könne das auch für Vergangenheit bestätigt werden, da Schadstoffe im Laufe der Zeit tiefer absinken und evtl. das Grundwasser belasten würden, fragt Herr Otte. Der Grundwasserleiter befinde sich in ca. 2,6 m Tiefe und sei aufgrund der Bodenstruktur gut geschützt, entgegnet Herr Stein.

Frau Bussat gibt bekannt, dass sie die Deponie besichtigt habe und die Sickerwasserbecken komplett leer gewesen seien; dies könne so nicht sein. Es stelle sich die Frage, wo das ganze Wasser hingeflossen sei, vor allem, da vorher Tritium im Sickerwasser gemessen worden wäre. Weiterhin sei ihr aufgefallen, dass nie unabhängige Unternehmen mit Gutachten beauftragt worden seien. Sie verlange von der Hansestadt Lübeck (HL), über das Land Mecklenburg-Vorpommern alle vorhandenen Unterlagen und Messwerte zum Sickerwasser von den Deponiebetreibern anzufordern. Abschließend verweist sie auf eine Studie über erhöhtes Krebsrisiko bei den Deponiemitarbeitern. Herr Möller macht deutlich, dass das Thema Deponie Ihlenberg/Schönberg mehrfach im Ausschuss diskutiert worden sei. Man werde jetzt nicht nochmals die letzten 5 Jahre aufarbeiten. Frau Bussat möge sich bitte an die Fraktionen wenden, dort seien alle Unterlagen über die letzten Jahre Ausschussarbeit vorhanden. Außerdem sei Herr Dr. Stein als unabhängiger Gutachter von der HL und der IAG beauftragt worden. Seine Ergebnisse stelle man nicht in Frage. Sollte ein Tritium-Problem existieren, so könne das auch festgestellt werden, merkt Herr Dr. Stein an.

Herr Schubert stellt fest, es gebe deponiespezifische Schadstoffe und fragt, nach welchen Parametern gemessen bzw. untersucht werde. Es würden organische Summenparameter zugrunde gelegt, welche eine ganze Bandbreite von Stoffen abdecken würden. Wäre dabei etwas auffällig gewesen, hätte man detailliert untersucht, antwortet Herr Dr. Stein.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Herrn Dr. Tetzlaff-Gahrman als sachkundigen Bürger, welches der Ausschuss mehrheitlich ablehnt.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Frau Dowideit als sachkundige Bürgerin, welches der Ausschuss mehrheitlich ablehnt.

Herr Zahn plädiert für eine etwas straffere Handhabung der Beratungen. Es seien in zwei Stunden gerade einmal 2 TOP abgearbeitet worden. Außerdem müsse nicht jeder Bürger gehört werden. Dafür säßen die gewählten Vertreter der Fraktionen als Ausschussmitglieder am Tisch und sprächen für ihre Fraktion oder ihre Wählergruppe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.2 Vorstellung der BereichsleiterInnen des FB 3

Es stellen sich die folgenden BereichsleiterInnen und Personalräte des Fachbereichs 3 sowie der Geschäftsführer des Stadtfeuerwehrverbands vor:

- Herr Rocksien, Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
- Herr Siegrist, Bereich 3.327 – Verkehrsangelegenheiten
- Herr Vogt in Vertretung für Frau Teege, Bereich 3.340 – Standesamt
- Herr Bähr, Bereich 3.370 – Feuerwehr
- Frau Hartmann, Bereich 3.390 – Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
- Herr Sturm, Bereich 3.820 – Stadtwald
- Frau Wittholz, Personalrat FB 3
- Herr Tengler, Personalrat Feuerwehr
- Herr Clasen, Personalrat Stadtwald
- Herr Radtke, Stadtfeuerwehrverband

Herr Zahn fragt nach, wie viel Personal von den jeweiligen Personalräten betreut werde.

Antwort der Personalräte:

- Personalrat FB 3 = 270 - 280 MitarbeiterInnen
- Personalrat Feuerwehr = 320 MitarbeiterInnen
- Personalrat Stadtwald = 34 MitarbeiterInnen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.3 Vorstellung des Bereichs 3.370 - Feuerwehr

Die Vorstellung des Bereichs 3.370 – Feuerwehr findet mit einstimmiger Zustimmung der Ausschussmitglieder in einer der nächsten Sitzungen statt.

zu 4.2.4 Vorstellung des Bereichs 3.820 - Stadtwald

Herr Sturm stellt den Bereich 3.820 – Stadtwald vor.¹

Ob die zusätzliche CO₂-Speicherung finanziell vergütet werde, fragt Herr Otte nach. Die hier betriebene Waldbewirtschaftung werde momentan finanziell nicht vergütet, antwortet Herr Sturm.

Herr Zahn möchte wissen, ob Herr Sturm oberster Jäger im Gebiet sei. Er sei der oberste Jäger und man besitze die Jagdhoheit, antwortet Herr Sturm.

Habe es von den Jägern Widerstände bei der Umstellung auf bleifreie Munition gegeben, fragt Herr Müller. Laut Herrn Sturm sei die Verwendung von bleifreier Munition verordnet worden, es habe aber keine Widerstände gegeben.

Weshalb man im Winter keine Wildtierfütterungen veranlassen würde, fragt Herr Martens nach. Herr Sturm antwortet, dass die Wildtierfütterung eine Kann-Bestimmung sei und man Ermessen habe. Aus Gründen der natürlichen Reduzierung des Bestands werde keine Wildtierfütterung vorgenommen.

Herr Macziew habe ein vermehrtes Auftreten von Wildschweinen an der Travemünder Allee festgestellt und fragt nach den Ursachen. Die Frage sei so nicht zu beantworten, es könne u.a. am Nahrungsangebot liegen, antwortet Herr Sturm.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.5 Strandsalon - Lärmbelästigung

Herr Möller berichtet, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder Lärmbeschwerden von Anwohnern gegeben habe. Bei gemeinsamen Gesprächen sei dem Betreiber nahegebracht worden, dass die Nachtzeit nicht für alle Arten von Freiluftveranstaltungen geeignet sei. Problematischer seien jedoch private Veranstaltungen (z.B. Vermietungen bei Hochzeiten, Geburtstagen), da deren Ablauf vom Betreiber nicht im Blick behalten worden sei.

¹ Anlage 1 zur Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 20.08.2013. Die Anlage ist im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

Der Strandsalon sei nicht das einzige Etablissement, wo Lärmüberschreitungen zu verzeichnen seien. Es gebe viele Orte (Wohnungen, Balkone, andere Gaststätten u.s.w.), bei denen sich Anwohner vom Lärm belästigt fühlen würden. Im Ausschuss könne einmal generell über das Thema „Lärmbelastungen im Stadtgebiet“ informiert werden, verdeutlicht Frau Menorca.

Sich über einzelne Lärmbeschwerden im Ausschuss zu unterhalten könne nicht seine Aufgabe sein. Bei Lärmbelästigungen werde die Polizei gerufen und der Veranstalter auf die Ruhestörung hingewiesen. Trete keine Verbesserung ein, so ziehe die Polizei die Anlage beim zweiten Besuch ein, merkt Herr Zahn an. Er fügt hinzu, dass man Betreiber nicht öffentlich benennen solle bzw. bei Benennung eine Beratung im nichtöffentlichen Teil stattzufinden habe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.6 Ausgasungen von Deponien und Altlasten (Kontamination der Atemluft/Gesundheitsgefährdungen)

Herr Möller schlägt vor, die Stellungnahme der Entsorgungsbetriebe Lübeck der Niederschrift als Anlage beizufügen.²

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

zu 4.3.1 Planungsrechtliche Ausschreibung von Kleingärten als Bauerwartungsland

Herr Möller merkt an, dass die Antwort eigentlich schon unter dem vorgezogenen TOP 7.2 gegeben worden sei und zitiert die Antwort vom Bereich Stadtplanung:

„Voraussetzung für die Umwandlung von Kleingartenflächen und sonstigen Grünflächen für die Entwicklung zu Bauland sind die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungsplans. Beide Verfahren sind mit der Beteiligung der Bürger sowie der Träger öffentlicher Belange verbunden. Über die in den Beteiligungsverfahren eingegangenen Anregungen und Bedenken sowie über die Änderung des FNP / die Satzung des Bebauungsplans entscheidet abschließend die Bürgerschaft der HL.“

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 4.4.1 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Fahrradfreundliches Lübeck - Geschwindigkeitskontrolle" (Sitzung der Bürgerschaft 21. März 2013 - VO/2013/00411) Vorlage: VO/2013/00708

Die Bürgerschaft hat zu Nr. VO/ 2013/00411 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung überwiesen. Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen.

² Anlage 2 zur Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 20.08.2013. Die Anlage ist im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

Fahrradfreundliches Lübeck - Geschwindigkeitskontrolle

Der Bürgermeister wird beauftragt, zu berichten, wie durch verstärkte Geschwindigkeitskontrollen des Kfz-Verkehrs die Sicherheit der RadfahrerInnen verbessert werden kann. Insbesondere ist darzulegen,

- ob bzw. an welchen der in „Einrichtung ortsfester Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen zur Reduzierung der Lärmbelastung“ (Bericht Drucksache Nr. 401 aus 2011) vorgeschlagenen Standorten durch eine stationäre Geschwindigkeitsmessanlage (SGMA) die Sicherheit der RadfahrerInnen erhöht werden kann.*
- ob das Kosten-Nutzen-Verhältnis von SGMA das Aufstellen solcher Anlagen in Tempo-30-Zonen rechtfertigt, oder wie sonst – durch Fahrbahnschwellen? – die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit erreicht werden kann.*

Herr Mauritz stellt die folgenden Fragen in den Raum und bittet um Statistiken und Informationen darüber:

- 1. Wird festgestellt, wer Schuld an etwaigen Unfällen hat?*
- 2. Ist tatsächlich überhöhte Geschwindigkeit die Ursache von Unfällen?*

Es solle ebenfalls hinterfragt werden,

- 3. ob es als Fahrradfahrer sinnvoll ist, entgegen einer Einbahnstraße zu fahren?*

Des Weiteren solle seiner Meinung nach vorerst der Einsatz mobiler Geschwindigkeitsmessanlagen geprüft werden.

Die erste Frage der Überweisung aus der BÜ sei schon konkret, merkt Herr Zahn an. Es gehe um den Lärmschutz und die Sicherheit. Die zweite Frage sei eher unsinnig, da es sich um Tempo 30 Zonen handle und dort in der Regel auch 30 km/h gefahren werde. Besser wäre da eine Überwachung der Einfallstraßen, was aber die Haushaltslage gar nicht zulassen würde. Insgesamt sei eine Erörterung der Thematik in der nächsten Sitzung mit dem Polizeibeirat besser aufgehoben.

Im Bauausschuss sei die Unfallstatistik schon oft thematisiert worden, merkt Herr Schubert an. Des Weiteren würde seinen Informationen zur Folge in 30 km/h-Zonen 16 km/h zu schnell gefahren. Er schlägt vor, zusätzlich zum Polizeibeirat Sachverständige zur nächsten Sitzung einzuladen, um dieses Thema weiter zu erörtern. Herr Möller pflichtet dem bei. Eventuell könne das Ergebnis nach Abschluss der Beratungen der Bürgerschaft als Bericht empfohlen werden.

Herr Schubert beantragt die Vertagung auf die Sitzung mit dem Polizeibeirat.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung bei **15**-Jastimmen, **0**-Neinstimmen und **0**-Stimmenthaltungen einstimmig zu.

zu 4.4.2 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Fahrradfreundliches Lübeck - Radwegparken"
(Sitzung der Bürgerschaft 21. März 2013 - VO/2013/00412)
Vorlage: VO/2013/00709

Die Bürgerschaft hat zu Nr. VO/ 2013/00412 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung überwiesen. Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen.

Fahrradfreundliches Lübeck - Radwegparken

Der Bürgermeister wird beauftragt, durch verstärkte Kontrollen das Parken von Kfz auf Radwegen zu unterbinden.

Es sei beobachtet worden, dass VerkehrsüberwacherInnen des ruhenden Verkehrs auch auf Privatparkflächen, z.B. Parkplätze bei Discountern, kontrollieren würden. Es könne nicht sein, dass dafür u.a. die Kontrolle von Radwegen vernachlässigt werde, entrüstet sich Herr Mauritz.

Frau Mählenhoff verlässt die Sitzung gegen 19:15 Uhr.

Für Frau Menorca sei der Antrag zu einseitig formuliert, man müsse auch Fußwege mit einbeziehen. Teilweise würden Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen behindert.

Herr Möller gibt zu bedenken, dass die MitarbeiterInnen nicht das ganze Stadtgebiet überwachen könnten. Der Antrag sei in dieser Form nicht umsetzbar. Frau Neitzke ergänzt, dass selbstverständlich Kontrollen durchgeführt würden, eine flächendeckende Überwachung könne aber nicht gewährleistet werden. Herr Lengen unterstützt diese Ausführungen.

Herr Schubert fasst zusammen, dass sich „verstärkte Kontrollen“ nur auf „Brennpunkte“ beziehen könne. Herr Zahn ergänzt, dass man gezielte Kontrollen auch nach Hinweisen seitens der anderen Verkehrsteilnehmer durchführen könne.

Herr Schubert beantragt zur Überweisung VO/2013/00709 der Bürgerschaft die folgende Empfehlung auszusprechen:

*„Nach Auffassung des Ausschusses kann sich – **verstärkte Kontrollen** – nur auf Brennpunkte und gezielte Kontrollen nach Hinweisen seitens der anderen Verkehrsteilnehmer beziehen“*

Der Ausschuss stimmt der Empfehlung bei **14-Jastimmen**, **0-Neinstimmen** und **0-Stimmenthaltungen** einstimmig zu.

Frau Bussat verlässt die Sitzung gegen 19:30 Uhr.

zu 5 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 6 Vorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 7 **Berichte und Antworten**

zu 7.1 **SICHERHEITSKONZEPT im Flächen- und Veranstaltungsmanagement der Hansestadt Lübeck ab 2013 Vorlage: VO/2013/00769 (vorgezogen)**

Herr Möller berichtet umfassend über die Arbeit der Gesprächsrunde „Großveranstaltungen“, die Akzeptanz fürs Sicherheitskonzept (SK) seitens aller beteiligten Behörden wie auch der Veranstalter. Er spricht allen an der Erarbeitung des SK beteiligten Personen seinen herzlichen Dank aus.

Ob Veranstaltungen auf Grundlage des Sicherheitskonzepts abgesagt worden seien, fragt Herr Rathcke nach. Außer dem „Harley-Weekend“ seien keine weiteren Veranstaltungen bekannt, die deshalb abgesagt worden seien, antwortet Herr Möller.

Herr Möller übergibt das Wort an Herrn Lukas, welcher das SK und den Verfahrensablauf anhand einer Präsentation³ näher vorstellt.

Herr Zahn fragt nach, ob es nicht heißen müsste, dass das Sicherheitsexposé „grundsätzlich“ 12 Wochen vor Veranstaltungsbeginn einzureichen sei. Weiter möchte er wissen, wie verfahren werde, wenn Ergebnis im 1. Dialog sei, die Veranstaltung könne am geplanten Ort nicht stattfinden. Herr Lukas antwortet, dass man mit den Veranstaltern im ständigen Gespräch sei und nach Lösungen gesucht werde. Die Flächen seien großzügig bewertet und bis jetzt habe es keine Probleme gegeben. Sollten die Kriterien für eine „A-Fläche“ nicht erfüllt sein, so werde gemeinsam mit dem Veranstalter die Möglichkeit einer anderen Veranstaltungsfläche erörtert. Zum Beispiel eine B- oder C-Fläche, die jeweils unterschiedlich bewertet seien. Herr Möller fügt hinzu, dass die 12 Wochenfrist eine saubere Abarbeitung der von Veranstaltern und Behörden zu erbringenden Leistungen gewährleiste.

Bei einer N-JOY-Veranstaltung in Travemünde (TM) sei einiges schief gelaufen und die Sauberkeit bei einem Gastronom habe zu wünschen übrig gelassen, beanstandet Herr Mauritz. Es solle bei den Vorgesprächen besser auf solche Dinge eingegangen bzw. hingewiesen werden. Ebenso sei interessant zu wissen, wie die freiwillige Feuerwehr bei den Sicherheitsaspekten mit einbezogen werde. Man habe mit dem Veranstalter des Events in TM Rücksprache gehalten. Der Gastronom habe sich demnach nicht an Auflagen gehalten und ihn erwarte ein Ordnungswidrigkeitsverfahren, so Herr Lukas. Herr Wohlsen ergänzt, dass in der Regel die freiwillige Feuerwehr nicht beteiligt werde. Anhand der Art und Größe der Veranstaltung entscheide die Berufsfeuerwehr (vorbeugender Brandschutz), ob die freiwillige Feuerwehr mit hinzugezogen werde.

Für Frau Menorca sei es ein hervorragendes Konzept. Nichtsdestotrotz fragt sie nach, wer für den Fall der Fälle den Kopf hinhält, welche Sanktionsmöglichkeiten es gebe und wer die Einhaltung der Vorgaben überwache. Herr Wohlsen führt aus, dass lange vor den Veranstaltungen regelmäßige Besprechungen und Besichtigungen durchgeführt würden. Bei festgestellten Mängeln werde dem Veranstalter auferlegt, diese zu beheben. Zuständig seien die Genehmigungsbehörde sowie die Polizei. Der Aufbau werde selbstverständlich auch durch die Feuerwehr vor und nach Möglichkeit während der Veranstaltung kontrolliert. Es müsse den Veranstaltern auch Vertrauen entgegengebracht werden; ein ständiges Kontrollieren sei nicht möglich, fügt Herr Möller hinzu.

³ Anlage 3 zur Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 20.08.2013. Die Anlage ist im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

Ob künftig seitens der Verwaltung und der Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM) mehr Kapazitäten durch die Umsetzung des SK gebunden seien, hinterfragt Herr Rathcke. Worauf die Herren Möller, Wohlsen und Lukas einstimmig der Meinung sind, dass keine weiteren Kapazitäten aufgebaut würden. Ganz im Gegenteil, das komplette Verfahren werde u.a. durch die Fragebogen und die dort vorgegebenen Punkte vereinfacht. Es werde mit keiner Mehrbelastung gerechnet.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

*Herr Rathcke verlässt die Sitzung gegen 17:00 Uhr.
Es übernimmt Herr Müller.*

**zu 7.2 Erfahrungen mit dem geänderten Generalpachtvertrag -
mögliche Konsequenzen aus Leerständen Vorlage: VO/2013/00692
(vorgezogen)**

Frau Wembsdzio stellt den Bericht kurz vor und stellt einen weiteren Bericht über die Leerstände für die Novembersitzung der Bürgerschaft in Aussicht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 7.3 Optionen für andere Möglichkeiten zur Versorgung der Stadtteile mit
Stadtteilbüros in alternativen Standorten
Vorlage: VO/2013/00622**

Ergänzend zu seinen Ausführungen unter dem TOP 2 führt Herr Mauritz aus, dass es einen Antrag der Fraktion Die Linke gebe, der sich gegen die Schließung von Stadtteilbüros ausspreche. Herr Martens bestätigt die Haltung der Fraktion Die Linke. Eine Auflösung von Standorten setze immer einen Beschluss der Bürgerschaft voraus, erinnert Herr Rocksien.

Herr Zahn verweist auf den Vorschlag von Herrn Rathcke unter dem TOP 2, den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Schubert lässt den Ausschuss darüber abstimmen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht bei 10-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 3-Stimmenthaltungen
einstimmig als Zwischenbericht zur Kenntnis.

**zu 7.4 Eheschließungen an besonderen Orten;
Auftrag aus der Bürgerschaft vom 21.3.2013 unter VO/2013/00284
Vorlage: VO/2013/00681**

Herr Zahn bittet zu prüfen, ob seitens der Geschäftsführung oder eines Vertreters des Kurbetriebs Travemünde Eheschließungen vorgenommen werden dürfen. Generell das Angebot für Eheschließungen in Travemünde zu verringern, finde er nicht gut. Herr Vogt merkt an, dass Eheschließungsbeamte ausgebildet werden könnten, um Eheschließungen rechtlich einwandfrei vorzunehmen. Dafür müssten Verwaltungskräfte mit entsprechender Vorbildung die Zusatzausbildung zur Standesbeamtin/zum Standesbeamten absolvieren. Man werde beim Kurbetrieb diesbezüglich nachfragen. Zur Thematik Eheschließungen am Strand merkt er an, dass dies gem. Erlass des Innenministeriums nicht möglich sei.

Das Ergebnis der Prüfung wird in einer der nächsten Sitzungen bekanntgegeben.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 7.5 Prüfung einer Finanzierung des Neubaus der Feuerwache 3 über ein Public-Private-Partnership-Modell (PPP-Modell)
Vorlage: VO/2013/00603**

Das Ergebnis der Prüfung sei Herrn Zahn im Vorwege schon klar gewesen. Ein Neubau gestalte sich immer günstiger gegenüber einem Public-Private-Partnership-Modell. Es stelle sich die Frage, welche Priorität die Feuerwehr habe. Es gebe viel Investitionsbedarf, z.B. Schulen, Brücken, Straßen und Gebäude. Ob Maßnahmen aufgrund der desolaten Haushaltslage durchgeführt würden, sei nicht abschätzbar. Herr Möller entgegnet, dass es nicht darum gehe, die insgesamt erforderlichen Maßnahmen der HL gegeneinander aufzurechnen. Der Prüfauftrag der Bürgerschaft sei von der Verwaltung abgearbeitet und das Ergebnis sei hiermit dargelegt worden. Nun folge die Verwaltung dem Bürgerschaftsbeschluss vom 29.11.2012 und werde den Neubau in den Investitionsplan 2014 aufnehmen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 8.1 Anfrage Herr Martens

Herr Martens berichtet, dass die Fraktion Die Linke per Email eine Anfrage bzgl. Baumfällungen in Lübeck erhalten habe und an welche Stelle er diese weiterleiten könne. Herr Möller nimmt die Anfrage an und sagt zu, diese an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 Anfrage Herr Mauritz

Herr Mauritz verweist auf den TOP 4.4.2 und möchte in einer der nächsten Sitzungen dargelegt bekommen, ob und wenn ja auf welcher Grundlage Kontrollen auf Privatparkflächen durchgeführt würden und wie man diese abrechne.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.3 Anfrage Herr Mauritz

Das Gebäude der Travemünder Grundschule werde saniert und die Schüler seien zurzeit provisorisch in Containern untergebracht, informiert Herr Mauritz. In den Containern gebe es keine Brand- und Rauchmelder. Er fragt nach, ob das überhaupt zulässig sei.

Dies werde überprüft, nach einer ersten Einschätzung würden Container nicht anders behandelt als feste Gebäude, erklärt Herr Bäh.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.4 Anfragen Herr Mauritz / Frau Metzner

Kurz vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil fragen Herr Mauritz und Frau Metzner nach, weshalb der Seniorenbeirat mit zwei Personen an der Sitzung teilnehme und wieso Personalräte und ein Mitglied des Seniorenbeirats am nichtöffentlichen Teil teilnehmen würden.

Herr Schneider verweist auf ein Schreiben des Seniorenbeirats, nach dem künftig zwei gleichberechtigte Sitzungsteilnehmer benannt und an den Sitzungen teilnehmen würden. Dies sei laut dem Schreiben mit dem Bereich Recht abgestimmt worden. Vor der Sitzung sei mit dem Vertreter des Seniorenbeirats die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils durchgegangen und der Seniorenbeirat habe seinen Teilnahmewunsch geltend gemacht. Personalräte seien Mitarbeiter der Verwaltung und schon aufgrund dessen zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schubert stellt gegen 19:45 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil:

zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt gegen 20:03 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil ein Beschluss gefasst worden ist. Herr Schubert schließt die Sitzung um ca. 20:05 Uhr.

Lübeck, den 19. September 2013

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider
Protokollführung